31

IZFGE

VON KOMMUNISTISCHER DIKTATUR ZUR DEMOKRATIE

EIN PROGRAMM DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN FÜR DIE MITTEL-UND OSTEUROPÄISCHEN LÄNDER

INTERNATIONALES ZENTRUM FREIER GEWERKSCHAFTER IM EXIL

C 99 - 06216

Ein Programm der Freien Gewerkschaftsbewegung für die Länder

Mittel- und Osteuropas

herausgegenen vom

Internationalen Zentrum Freier Gewerkschafter im Exil

VORWORT

Wir, das Internationale Zentrum Freier Gewerkschafter im Exil, vertreten alle Völker Ost- und Mitteleuropas, die jetzt unter kommunistischer Diktatur leben. Wir vertreten ihren Glauben an die Demokratie und die freie Gewerkschaftsbewegung. Wir geben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die fremden Herrscher eines Tages gezwungen sein werden, ihr Recht auf Selbstbestimmung in einer freien und wahrhaft demokratischen Gesellschaft anzuerkennen. Wir sprechen ihre Überzeugung, aus, dass diese Emanzipation zur nationalen Unabhängigkeit eine unabwendbare Entwicklung der Zukunft ist.

Wir sehen der Zukunft mit Vertrauen und Stolz entgegen. Für diese Zukunft wünschen wir uns demokratische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit. Da die Kommunisten und alle diejenigen, die unsere Arbeiterbewegung verraten haben, Verbundete und Komplizen der reaktionärsten Kräfte sind, mögen sie nur auf die Vergangenheit zurückblicken.

Wir blicken nach vorn !

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

C 99 - 06216

EINFUHRUNG

Wir leben in einem Zeitalter der Veränderung - technisch und sozial, wirtschaftlich sowie politisch. Wir leben in einer Welt, die sich langsam aber sicher zu einer Gesellschaft entwickelt, die auf den Grundsätzen der individuellen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit sowie der politischen und wirtschaftlichen Demokratie beruht. Wir leben in einer Ära der politischen Selbstbestimmung - des Rechts auf Unabhängigkeit der Völker. Die Völker Mittel- und Osteuropas haben in gleicher Weise das Recht, diese fundamentalen Grundsätze zu geniessen.

Die Völker Mittel- und Osteuropas haben eine stolze Fahrzehnte alte Geschichte des Kampfes um politische und wirtschaftliche Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Mit der Niederlage Hitlers im Jahre 1945 schienen sie der Preis gewonnen zu haben, aber ihre Hoffnungen wurden von den Kommunisten zunichte gemacht. Diktaturen mit Einparteiensystem wurden in allen Ländern Mittel- und Osteuropas, die am Ende des zweiten Weltkrieges von der Roten Armee besetzt waren (1), eingeführt.

Die kommunistische Regierung beruhte vor allem auf einer Schreckensherrschaft und die fortschrittlichen Kräfte fielen ihr in erster Linie zum Opfer. Die Volker Mittel- und Osteuropas sind im allgemeinen all ihrer grundlegenden Rechte und Freiheiten beraubt worden. Im besonderen ist den Arbeitern ihre politische und wirtschaftliche Macht genommen worden. Die alten ausbeutenden Klassen bestehen nicht mehr, sind aber durch einen neuen, viel machtigeren und wirksameren Ausbeuter - den totalitären kommunistischen Staat abgelost worden. Die Arbeiter haben nicht nur ihre politischen Rechte durch die Unterdrückung ihrer demokratischen sozialistischen Parteien, sondern auch alle Mittel der Wirtschaftlichen Selbstverteidigung durch die Abhängigkeit ihrer Gewerkschaften von der kommunistischen Partei verloren.

Der Prozess der Entstalinisierung, der nach 1956 begann, hat die äusserlichen Erscheinungen der kommunistischen Diktatur bis zu einem gewissen Grade verändert. Die Zwangsarbeitslager sind von subtileren Methoden, namlich durch administrativen und wirtschaftlichen Druck abgelost worden. Im Grunde hat sich das System jedoch nicht verändert. Seine politischen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen, die im wesentlichen alle totalitären Charakter haben, blieben unangetastet. Nur eine wirkliche Demokratie allein wird die arbeitenden Massen Mittel- und Osteuropas zufriedenstellen. Sie wollen eine Gesellschaft, in der es keine Klassendominierung und Klassenprivilegien gibt, sondern die auf den fundamentalen politischen Rechten des Individuums beruht.

Diese kleine Broschure hat einen doppelten Zweck : erstens die wirtschaftliche, soziale und politische Lage in den Ländern Mittel- und Osteuropas kurz zu beschreiben und zweitens ein Programm zur Schaffung freier Gewerkschaften aufzuzeichnen, das ihnen demokratische Freiheiten zusammen mit sozialer Gerechtigkeit wieder bringen soll. Da die Arbeiter hinter dem eisernen Vorhang weder Koalitionsfreiheit noch Redefreiheit besitzen, haben die freien Gewerkschaften der demokratischen Welt die moralische Pflicht, fur sie als Sprachrohr zu handeln. Das Internationale Zentrum Freier Gewerkschafter im Exil hofft sehr, dass dieses Programm dazu beitragen wird, den Glauben dieser Arbeiter an die Möglichkeit des

---

(1) Albanien, die baltischen Staaten (Estland, Lettland und Litauen), die von der Sovietunion direkt annektiert wurden, Bulgarien, Tchechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien.

sozialen Fortschritts wiederherzustellen und ihnen zu zeigen, dass die wirkliche Alternative zur kommunistischen Diktatur nicht in einer Ruckkehr zum Industriekapitalismus oder zu einem halbfeudalen System in der Landwirtschaft liegt, sowie auf diese Weise vielleicht mitzuhelfen, den Prozess der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Befreiung von der kommunistischen Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa zu beschleunigen.

* * * * * * * * * * * * * * *

Die letzten zwanzig Jahre

Vor zwanzig Jahren atmeten die Völker Mittel- und Osteuropas erlöst über das Ende der Nazi Schreckenscherrschaft und der entsetzlichen Verwustung des zweiten Weltkrieges auf. Sie glaubten, dass sie sich an der Schwelle einer neuen Ära der Freiheit befanden. Die Zeit war für radikale soziale und wirtschaftliche Veränderungen reif. Dass diese Veränderungen im Schatten der roten Armee stattfanden, die, wie sich zeigte, mehr Eroberer als Befreier war, kann die Spontanität und den Massencharakter dieser Volksbestrebungen als historische Tatsache nicht beeinflussen. Sie bauten sich auf die Traditionen ihrer eigenen demokratischen und sozialistischen Bewegungen auf.

1945 bedeutete in Mittel- und Osteuropa nicht nur das Ende der Nazim Diktatur, sondern auch des alten Systems der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung. Die Macht entglitt den Händen der regierenden Klassen. Die Bedingungen für den Aufbau einer neuen Gesellschaft, die auf wirtschaftlicher Demokratie und sozialer Gerechtigkeit beruhen sollte, waren geschaffen. Landwirtschaftliche Reformen, Gemeineigentum der Grossbanken und der Schlüsselindustrien, umfassende Sozialversicherungspläne und die Demokratisierung der Schulausbildung - dieses waren die Forderungen aller fortschrittlichen Kräfte, von denen einige hofften die mit den kommunistischen Parteien gemeinsam zu verwirklichen.

Die totalitäre Taktik der Kommunisten jedoch, die eine absolute Machtstellung erstrebten, vereitelte die Bemühungen der demokratischen Kräft. Mit Hilfe von Polizeistaat, gefälschten Wahlen und Staatsstreichen, die von sowietischem Militär unterstützt wurden, hatten sie die Macht bald erlangt.

Die Gewerkschaftsbewegung gehorte zu den ersten und wichtigsten Opfern des kommunistischen Terrors. Arbeiterführer wurden inhaftiert oder gezwungen ins Exil zu gehen. Dasselbe geschah mit führenden Mitgliedern der demokratischen politischen Parteien und mit zehntausenden von ganz gewöhnlichen Menschen. Die Gewerkschaften wurden von den Kommunisten oder deren Mitläufern ubernommen und wurden zum Werkzeug in den Händen der Regierung. Die Macht wurde in die Hande Kleiner Cliquen von einheimischen Kommunisten gelegt, die Moskau völlig ergeben waren. Die Massen lebten in einem halbkolonialen Zustand. Politisch, militarisch und wirtschaftlich wurden diese Länder gezwungen, eine Politik zu verfolgen, die sich in ihren nationalen Interesse oft nachteilig auswirkte. Die kommunistischen Parteien Mittel- und Osteuropas erwiesen sich als gefügige Instrumente dieser neuen Formen des Imperialismus.

Den Arbeitern, in deren Namen aber ohne ihre Zustimmung die Macht von den Kommunisten ausgeübt wurde, hatten bald verstanden, dass sie unter dem neuen Regime ihre Freiheit verloren hatten. Den Bauern wurde bald klar, dass ihr Land, ob sie es nun durch die Landreform erhalten oder von ihren Vorvätern ererbt hatten, kollektiviert werden würde. Die Intellektuellen sahen sich durch eine viel strengere Zensur und ideologische Kontrolle eingeengt als sie jemals von noch so despotischen Regierungen in der Geschichte ausgeübt worden war.

Der individuelle Mensch wurde in diesen Ländern all seiner grundlegenden Rechte und Freiheiten beraubt. Es ist wahr, dass die neuen "sozialistischen" Verfassungen formell die Ausübung der grundsatzlichen Menschenrechte garantieren. In der Praxis jedoch gibt es weder Redefreiheit, Pressefreiheit noch Koalitionsfreiheit.

Unter kommunistischen Regime sind die Richter nicht unabhängig. Die Partei bestimmt oft schon im voraus die Schuld oder Unschuld des Angeklagten. Die Gerichte verletzen oft sogar Gesetze, die von kommunistischen gesetzgebenden Institutionen erlassen worden sind. Das einzige Kriterium für die Rechtsprechung ist, ob es im Augenblick politisch zweckdienlich ist. Unter diesem System sind zehntausende von unschuldigen Menschen umgekommen darunter auch albtbewahrte Arbeiterführer und Kommunisten, die gegen die Verdorbenheit des Systems revoltieren.

Die kommunistische diktatorische Herrschaft ist mit der Begründung entschuldigt worden, eine sogenannte historische Notwendigkeit zu sein, ohne die die Industrialisierung und der wirtschaftliche Fortschritt nicht möglich gewesen wären. Es ist natürlich wahr, dass die Mehrheit der Länder Mittel-und Osteuropas unter kommunistischer Herrschaft von rein landwirtschaftlichen in gemischt landwirtschaftlich industrielle Gesellschaften verwandelt worden sind. In der Nachkriegszeit aber ist eine umfassende industrielle Entwicklung nicht nur das ausschliessliche Privileg der Länder des Sowjetblocks gewesen. Die wirtschaftliche Wachstumsrate ist überall in der Welt angestiegen und gewisse Länder haben einen vergleichbaren Stand der Industrialisierung erreicht, ohne ihrer Bevölkerung solche schweren Opfer aufzuerlegen.

In Mittel- und Osteuropa ist der ursprünglich gesunde Trend zu einem sozial und wirtschaftlich gerechtfertigten Grad an Gemeineigentum bald von einer rucksichtlosen doktrinären Welle der totalen Nationalisierung um der Nationalisierung willen überschwemmt worden. Erfahrung hat gezeigt, dass diese Art der Nationalisierung wirtschaftlich nicht gerechtfertigt ist und ein Labyrinth wirtschaftlicher Burokratie nach sich zieht. Das zur übereilten industriellen Entwicklung notwendige Kapital wurde durch Zwangssparen aufgebracht, das den Lebensstandard der Bevölkerung kunstlich herabdruck musste. Auf diese Weise dem Volk abgezwungene Milliarden wurden in Kapitalprojekten verschleudert, die von veralteten Wirtschaftsauffassungen und einer überholten Doktrin vorgeschrieben waren.

In den vergangenen 20 Jahren hat die Arbeiterklasse in Mittel- und Osteuropa zahlenmässig beträchtlich zugenommen, wirtschaftlich und politisch dagegen ist ihr Einfluss zurückgegengen. Die früheren ausbeutenden Klassen sind vom totalitären Staat als dem alleinigen Arbeitgeber abgelöst worden. Der Staat setzt willkürlich Löhne und Gehälter fest, ohne dass an Kollektivverhandeln überhaupt gedacht wird. Produktionsquoten, Lohnskalen, Überstundenvergütung und Akkordlöhne werden von Bürokraten in der Planungsabteilung festgelegt. Eine andere Form der Ausbeutung ist die willkürliche Verteilung des Nationaleinkommens. Die Parteiführung gibt einen grossen Teil davon für Investitionsprojekte aus, die hauptsächlich mit überholten Auffassungen der marxistisch-lininistischen Doktrin gerechtfertigt werden oder für Auslandshilfe zu politischen Zwecken.

Die Arbeiterklasse, die aller Mittel der Selbstverteidigung beraubt ist - nämlich der echten Gewerkschaften, der demokratischen politischen Parteien und einer freien Presse - hat bei den Entscheidungen, die von lebenswichtigem Interesse für sie sind - nichts zu sagen. Der Arbeiter ist in Mittel- und Osteuropa in Wirklichkeit heute wehrloser als er es jemals unter dem alten kapitalistischen System war. Er vergleicht seine stagnierenden Löhne und die

steigenden Preise für Konsumgüter mit dem wachsenden Wohlstand der Arbeiter in der freien Welt. Es gibt ihm kaum einen Trost zu hören, dass der Mehrwert seiner Arbeit nicht mehr von Privatbesitzern der Produktionsmittel angeeignet wird; er sieht stattdessen, dass er von einer anonymen, sich selbst fortsetzenden Bürokratie, nämlich der neuen regierenden Klasse der kommunistischen Gessellschaft, verschwendet wird.

Der Mangel an politischem und wirtschaftlichem Einfluss der Arbeiter wird in keinster Weise dadurch kompensiert, dass man ihren gesellschaftlichen Stand scheinbar hebt oder dass man der Arbeiterklasse als der "Avant-garde der neuen Gesellschaft" eifrigst Lippendienst erweist. Auch können grössere kostenlose Ausbildungs moglichkeiten und zusätzliche Sozialversicherungsprogramme nicht dafür aufkommen. Diejenigen, die am meisten von diesen neuen Möglichkeiten profitiert haben, die junge Generation, stehen in der Tat an der Front der erbittertsten Gegner des Systems.

Die Zeit der Entstalinisierung

Seit 1956 ist eine Welle der Veränderung über Mittel- und Osteuropa gegangen. Ihr Ursprung ist wohlbekannt : der Tod Stalins; innere Machtkämpfe unter seinen Nachfolgern; der Verzicht auf die schlimmsten stalinistischen Methoden durch die neuen Herrscher im Kreml; zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten; der Druck, den die wachsende Mittelklasse und die neue Generation ausübten. Zur gleichen Zeit hatte der sich weiter vertiefende Riss zwischen den zwei grössten kommunistischen Machten, der Sowjetunion und China, eine fortschreitende Zersetzung des Sowjetblocks zur Folge. Die einzelnen kommunistischen Parteien haben eine gewisse Unabhangigkeit in ihren Beziehungen mit der Sowjetischen Partei erreicht. Das offene Geständnis und die Verdammung der von Stalin begangenen Verbrechen hat eine Atmosphäre der Ernüchterung geschaffen, die bis zur Spitze der kommunistischen Parteien reichte. Die obersten Führer haben versucht, die innere Opposition durch Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiet und durch Gewährung eines gewissen Masses an individueller Freiheit zu beruhigen.

Man sollte die Auswirkungen dieser Veränderungen nicht zu geringschatzen. Sie sind für die Völker, die unter kommunistischer Herrschaft leben müssen, sehr wichtig. Die blosse Tatsache, dass Angst und Furcht von gemischten Gefühlen der Erleichterung, Ernüchterung und Hoffnung abgelöst worden sind, ist bedeutsam. Keine dieser Veränderungen ist jedoch von grundlegender Wichtigkeit. Die wesentlichen Einrichtungen des totalitären Staates - das ideologische Monopol des Marxismus-Leninismus, der starre Zentralismus "demokratisch" genannt, das Einparteiensystem, die strenge Wirtschaftskontrolle durch eine unkontrollierbare Burokratie, und das politisch beeinflusste Rechtswesen - sind überall erhalten geblieben. Die Tendenz, dass politische, wirtschaftliche und sogar ideologische Ansichten innerhalb des Kommunistischen Blocks etwas mehr voneinander abweichen durften betraf nur die Aussenbeziehungen zwischen den kommunistischen Staaten. Sie hat weder das kommunistische System als solches verändert, noch sein im wesentlichen totalitären und undemokratischen Charakter beeinflusst.

Es besteht natürlich kein Zweifel darüber, dass, wenn der Prozess der Entstalinisierung weitergeht, er wesentliche Veränderungen der Gesamtstruktur des kommunistischen Systems, so wie es in Mittel- und Osteuropa heute besteht, mit sich bringen muss. Die grundlegende Frage, die unbeantwortet bleibt, ist : können solche Modifikationen der Gesamtstruktur die Natur des Systems selbst beeinflussen oder verändern? Werden sie eine radikale Reform seiner totalitären und antidemokratischen Institutionen zur Folge haben? Und wenn ja, in welchem Ausmass?

Es gibt jedoch keine Garantie dafür, dass die Entstalinisierung fortgesetzt werden wird. Sie begann nicht in allen Ländern zur gleichen Zeit und machte auch nicht überall die gleichen Fortschritte. In Polen zum Biespiel, wo sie früher begann und weiter als anderswo ging, sind auf einigen Gebieten schon wieder rückschrittliche neostalinistische Tendenzen aufgetreten.

Unter dem Eindruck einiger Aspekte der Entstalinisierung waren gewisse politische, akademische, kulturelle und publizistische Kreise in demokratischen Ländern der Ansicht, dass die Zeit gekommen sei, durch Aufnahme von mehr Verhandlungen und weiter reichenden Wirtschaftsverbindungen, von zahlreichen Besucheraustauschen sowie grosszügigeren politischen Kompromissen fur den Weltfrieden zu arbeiten. Aber neue Zweifel tauchten mit der Entfernung Chruschtschows auf und mit der Methode, in der dies vollzogen wurde.

Die freie Gewerkschaftsbewegung - als moralischer Sprecher für die Arbeiter in Osteuropa sowie in den freien Ländern - ist verpflichtet, die Schwache einer Methode herauszustellen, die sich demokratischer Masstabe zur Beurteilung von Vorgängen in totalitären Ländern bedient. Unsere Bewegung muss die öffentliche Meinung über die wirkliche Bedeutung dieser Veränderungen und im besonderen, über den Unterschied zwischen wirklichen Tatsachen und den Vortäuschungen der Propaganda unterrichten.

Die jenigen, die eine Erweiterung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den Ländern Ost- und Mitteleuropas fordern, vergessen vielleicht, dass diese Beziehungen nur mit der offiziellen Partei und mit Regierungsstellen hergestellt werden können. Nichtstaatliche demokratische Vertreter werden niemals freie und unabhangige Partner bei solchen Kontakten und Diskussionen treffen.

Die Ziele der freien Gewerkschaftsbewegung

Das genaue Ausmass und die wirkliche Bedeutung der Veränderungen, die zur Zeit in Mittel und Osteuropa stattfinden, müssen abgewartet werden. Was jedoch auch immer kommen mag, die freien Gewerkschaften glauben, dass nur ein wahrhaftig demokratisches System allein in Einklang mit ihren traditionellen sozialen und wirtschaftlichen Zielen von den arbeitenden Massen dieses Teils des europäischen Kontinents angenommen werden wird. Die zukünftigen freien Nationen, wie das Internationale Zentrum Freier Gewerkschafter im Exil sie sich in diesen Gebieten vorstellt, mussen sich zu den Ideen der Freiheit, Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit bekennen. Diese Ideen sollten jede politische, soziale und wirtschaftliche Tatigkeit durchdringen und umschlingen.

Das Individuum muss das Recht haben, seine Meinung frei auszudrucken und seine Persönlichkeit, seine Kenntnisse und seine Interessen weiter zu entwickeln. Er muss das Recht haben sich zu organisieren, um seine politischen, wirtschaftlichen und sozialen Pläne kollektiv zu fördern. Es ist auch zwingend, dass alle wichtigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Komponenten der Gesellschaft sowohl in den legislativen Organen als auch in wirtschaftlichen, administrativen, sozialen und kulturellen Institutionen durch frei gewählte Vertreter repräsentiert werden. Dies ist der einzige Weg, um eine wahre und andauernde Demokratie in einer Gesellschaft zu garantieren, die Klassendominierung und Klassenprivilegien abgeschafft hat.

Auch in einer solchen Gesellschaft gibt es für die freie Entfaltung der politischen Bestrebungen des Volkes in verschiedenen Alternativen keinen Ersatz. Dieses bedeutet die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems und einer echten und frei gewählten Vertretung auf allen Stufen der Staats- und Wirtschaftsver-

waltung. Dieses System der politischen und wirtschaftlichen Demokratie, das auf dem weitreichendsten Begriff der sozialen Gerechtigkeit beruht, muss für die grundlegenden Freiheiten des Individuums wirkliche Garantien gewahren. Es versteht sich von selbst, dass dieses system der politischen Demokratie wirkliche Garantien für Gedankenfreiheit, für die Freiheit der kunstschaffenden und wissenschaftlichen Betätigung sowie, für Presse- und Religionsfreiheit gewähren muss.

Der Prozess, der nach dem zweiten Weltkrieg in Mittel- und Osteuropa begann, hat die alte gesellschaftliche Struktur ein für alle Mal abgeschafft. Obwohl einige dieser Veränderungen mit der kommunistischen Diktatur eingeführt wurden, war die grundlegende Auffassung einer auf den Ideen der sozialen Gerechtigkeit beruhenden Gesellschaft während und kurz nach dem Krieg von echt demokratischen und fortschrittlichen Elementen ausgearbeitet worden, die ihre nationalen und sozialen Wurzeln unter den Völkern Mittel- und Osteuropas hatten. Somit geht die allgemeine Richtung dieser Veränderungen, im Gegensatz zu den eigentlichen wirtschaftlichen und politischen Institutionen, die die Kommunisten aufgebaut haben, mit den Wunschen und Bestrebungen der breiten Masse der Bevölkerung in diesen Ländern überein. Diese Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur können nicht und sollten auch nicht rückgängig gemacht werden. Aber es bleibt die Tatsache, dass ein neuergesselschaftlicher Status der arbeitenden Massen wirkliche Bedeutung nur im Rahmen eines wahrhaft demokratischen politischen Systems und nach Errichtung der Wirtschaftsdemokratie haben kann.

Unter kommunistischer Herrschaft ist die berechtigte Forderung nach Gemeineigentum der Schlüsselindustrien sowie des Bank- und Verkehrswesens in unterschiedslose Nationalisierung aller Formen des Privateigentums nur um der Nationalisierung willen ausgeartet. Diese dogmatisch negative Haltung gegenüber jeder Form von Privateigentum stimmt mit dem allgemeinen Willen der Völker Mittel- und Osteuropas nicht überein. Es geht auch gegen die Bedürfnisse dieser Länder, die zur rationalen Wirtschaftsentwicklung die Errichtung einer gemischten und vielseitigen Wirtschaft benötigen. Abgesehen von den Schlüsselindustrien, vom Transportwesen und der Güterverteilung gibt es viele Formen der wirtschaftlichen Betätigung, die einen legitimen und gesellschaftlich nützlichen Bereich bieten, in dem Privatinititative sich als nützlich erweisen könnte.

Gemeineigentum der Produttionsmittel muss dennoch die Basis der Wirtschaftsstruktur von Mittel- und Osteuropa bleiben. Ob es sich um diretes Eigentum des Staates, der Gemeinden, öffentlicher Behörden oder von Genossenschaften handelt, wird letzten Endes durch die besonderen Bedingungen und Erfordernisse der gegebenen Industrie- und Handelszweige entschieden werden. Aber jegliche Form von Gemeineigentum muss in der Planung und Leitung direkte Beteiligung von Vertretern der Arbeiter vorsehen.

In allen Ländern Mittel- und Osteuropas ist das stark gewachsene Produktionspotential mit Hilfe das der gesamten Bevölkerung auferlegten Zwangssparens geschaffen worden. Fast 20 Jahre lang ist der Lebensstandard der arbeitenden Massen künstlich tief gehalten worden, um das für eine grossangelegte Industrialisierung notwendige Kapital herauszupressen. Sogar enteignete, vor dem Krieg Privatunternehmen haben sich mit Hilfe des aus Zwangsersparnissen gestellten Kapitals im allgemeinen weit über ihre früheren Ausmasse hinaus vergrössert. Aus diesem Grunde gehört das bestehende nationalisierte Industriepotential in jedem Land Mitteleuropas zu Recht der ganzen Gesellschaft. In gewissen Grenzfällen könnte ein kleiner Teil dieses Industriepotentials um der wirtschaftlichen Rentabilität willen, an private Unternehmer verkauft oder verpachtet werden. Aber der weitaus grosste Teil müsste Gemeineigentum bleiben.

Unter kommunistischer Herrschaft ist die Wirtschaftsentwicklung Mittel- und

Osteuropas ziemlich einseitig und unausgeglichen geblieben. Viele Verbrauchsgüterindustrien und Dienstleistungsbetriebei sowie Wohnungsbau und Sozialinvestionen sind sehr vernachlassigt worden. Auf diesen Gebieten können private oder echte Genossenschaftsunternehmen eine nützliche Rolle spielen, in dem sie das Bestehende auf diesem Wirtschaftssektor mit neuen Unternehmen erganzen, die diesem Teil der Verbrauchernachfrage, der absichtlich vernachlässigt worden ist, nachkommen.

Nationale Wirtschaftsplanung, die auf dem Prinzip des wirtschaftlichen Interessen beruht und den Marktmechanismus voll ausnutzt, sollte den kommunistischen Typ der Planwirtschaft, der auf der Basis von willkürlichen Anweisungen von oben funktioniert, ersetzen. Rationelle Planung ist in allen Entwicklungslandern notwendig, um harmonisches Wirtschaftswachstum und genaue Prioritaten in der Verwendung der wirtschaftlichen Mittel zu garantieren. Dies wird die Harmonisierung von einer Reihe von verschiedenen und gelegentlich voneinander abweichenden wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Zielen nach sich ziehen.

Allgemein gesagt sollte rationelle Wirtschaftsplanung die folgenden Hauptziele umfassen: 1. Vollbeschäftigung; 2. maximales Sozialprodukt; 3. eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens; 4. Partnerschaft oder gleiche Rechte in der Industrie; 5. Finanz- und Marktgleichgewicht; 6. eine sorgfältig modernisierte Wirtschaft, die effektiv auf den Weltmärkten konkurrieren kann.

Keins dieser Ziele sollte vor den anderen einen absolut doktrinaren Vorrang haben. Objektive Wirtschaftsbedingungen und bis zu einem gewissen Grade das Spiel des Marktmechanismus sollten bestimmen, welcher dieser Punkte der Wirtschaftspolitik zu einem gegebenen Augenblick hervorgehoben werden sollte. Daraus ergibt sich, dass die Planungsmaschinerie sowie die gesamte Wirtschaftspolitik elastisch und pragmatisch sein mussen.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass Wirtschaftsplanung kein Ersatz fur eine freie Marktwirtschaft sein kann. Aber eine Marktwirtschaft ist ohne einen gewissen Grad an Wirtschaftsplanung auch nicht mit den Ideen der sozialen Gerechtigkeit vereinbar, vor allens nicht in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern. Es ist deshalb notwendig, den Grundsatz der staatlichen Wirtschaftskontrolle und langfristigen Planung mit den wesentlichen Merkmalen einer freien Marktwirtschaft zu kombinieren, indem man dem Marktmechanismus sowohl beim Planungsprozess als auch besonders bei der Produktionswahl genugend Spielraum gibt.

Die Ideen der sozialen Gerechtigkeit und der gleichen Möglichkeiten für alle können ohne ein umfassendes System der Sozialleistungen nicht durchgeführt werden. Gewisse Fortschritte auf diesem Gebiet sind während der letzten 20 Jahre in Mittel- und Osteuropa erreicht worden. Die Sozialeinrichtungen, die unter dem kommunistischen system eingeführt oder vergrössert wurden, sollten jedoch erganzt und weiter ausgebaut werden. Kostenlose Krankenpflege soll zu einem umfassenden sozialen Gesundheitsprogramm erweitert werden. Wohnungsbau sollte eine Sozialeinrichtung werden, fur alle diejenigen, die ihn benötigen. Aber gleichzeitig sollten die Rechte der Hausbesitzer, die in ihren eigenen Haus wohnen respektiert werden. Sozialversicherungsplane sollten Altersrenten für alle, sowie höhere Schwangershaftszuschusse und Kindergelder betreffen. Da kein Wirtschaftssystem gultige Sicherungen gegen vorübergehende Arbeitslosigkeit geben kann, sollte angemessene Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden, die auf dem Grundsatz "Arbeit oder Lebensunterhalt" beruht. Das Ziel sollte nicht nur sein, Gleichheit in der Behandlung zu garantieren, sondern vor allem auch die Armut abzuschaffen.

Beim Aufbau, der Verwaltung und eventuell weiteren Verbesserung dieser umfassenden Sozialversicherungspläne, muss das Recht des frei gewählten Arbeitervertreters, der auf jeder Stufe befragt werden muss, garantiert werden.

Im gesamten System der Sozialleistungen spielt die unentgeldliche Schulausbildung bis einschliesslich zur Universität vielleicht die wichtigste Rolle, um gleiche Möglichkeiten für alle sicherzustellen. Aber freie Ausbildung sollte nicht nur bedeuten, dass die Gesellschaft die finanzielle Belastung der Ausbildung ihrer Jugend auf sich nimmt. Man sollte darunter auch freien Zugang zur Ausbildung verstehen, wobei die Auswahl ausschliesslich nach der Fähigkeit und nicht nach willkurlichen Klassenunterschieden vorgenommen werden sollte. Aber zuallererst muss man darunter auch die Lern- und Lehrfreiheit verstehen ohne die künstlichen Begrenzungen eines bestehenden Dogmas und ideologischen Monopols. Die Autonomie der Universitäten muss volle Freiheit für alle wissenschaftlichen Diskussionen und für jede schöpferische und kulturelle Tätigkeit gewähren.

Die Entwicklung der Landwirtschaft und ihr wirtschaftliches Leistungsniveau beeinflusst in bedeutendem Masse den Lebensstandard der Arbeiter. Es ist offensichtlich, dass die Zwangskollektivierung ein völliger Fehlschlag im gesamten Mittel- und Osteuropa gewesen ist. Kollektive Bauernwirtschaft kann ganz sicher nicht die Produktivität des Bodens erhöhen und, was viel wichtiger ist, sie widerspricht den Wünschen und Bestrebungen der Bauern.

Die grundlegenden Probleme der Zukunft sind : 1. Einen wie grossen Bevölkerungsanteil kann eine modern Gesellschaft auf dem Land beschäftigen? 2. Sollte diese Landwirtschaft sich angesichts ihrer besonderen klimatischen und Bodenbedingungen in grossen Teilen Mittel- und Osteuropas nicht mehr spezialisieren?

Landwirtschaftliche Autarkie ist eine überholte Vorstellung und Bauernwirtschaft zum Lebensunterhalt ist in einer modernen Wirtschaft nicht mehr denkbar. Es scheint deshalb, dass die Zukunft der Landwirtschaft in Mittel-und Osteuropa darin besteht, mehr spezialisierte und hoch kapitalisierte grössere Betriebe zu entwickeln, die echten Produktions- und Marktgenossenschaften angeschlossen sind. Gleichzeitig sollte das Recht garantiert werden, Land bis zu einer festgesetzten Grenze als Privateigentum zu besitzen.

Das Problem der ländlichen Uberbevölkerung, das vor dem Krieg eins der unloslichen wirtschaftlichen Probleme in den meisten mittel-und osteuropäischen Landern war, hat durch die Landflucht schon viel von seiner Schärfe verloren. Man kann erwarten, dass mit der Entwicklung von zusätzlichen Verbrauchsgüterindustrien und Dienstleistungsbetrieben diese Abwanderung fortschreiten wird und somit eine notwendige Bedingung für die Entwicklung grösserer spezialisierter Landwirtschafts betriebe erfüllt wird. Nur eine drastische Abnahme der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung zusammen mit der Entwicklung zu grösseren, spezialisierten und hoch kapitalisierten Landwirtschaftsbetrieben könnte die Bedingungen schaffen, unter denen eine ungefähre Gleichheit zwischen landwirtschaftlichens und industriellens Einkommen schliesslich erreicht werden kann.

Es versteht sich von selbst, dass sich aus dem Koalitionsrecht der Begriff der freien Arbeitervertretung durch Gewerkschaften ergibt. In einem System, wo Gemeineigentum jedoch vorherrscht, mag die Versuchung gross sein, die Bedeututung solcher unabhangigen Arbeitervertretungen herabzusetzen und den Arbeitern ihr wichtigstes Recht unter dem Vorwand nicht anzuerkennen, dass "die Produktionsmittel offentliches Eigentum, die Arbeiter somit die Besitzer sind und deshalb keine Forderungen an ihren Arbeitgeber stellen konnen, da sie diese an sich selbst stellen wurden". Dieses ist ein gefährlicher Trugschluss, der von den gegenwärtigen kommunistischen Regierungen verbreitet und geschickt augenutzt wird.

Wir glauben, dass das System, in dem Gemeineigentum der Produktionsmittel vorherrscht, in den Ländern Mittel- und Osteuropas als Dauerlösung angenommen werden wird. Unter diesem System ist es jedoch ebenso zwingend wie in einer kapitalistischen Gesellschaft, die legitimen Interessen der Arbeiter zu schützen. Die Arbeiter müssen das Recht wiederbekommen, sich in Gewerkschaften nach ihrer eigenen Wahl zu organisieren, die völlig unabhängig vom politischen und administrativen Apparat des Staates oder von politischen Parteien sind und die das Recht zum Kollektivverhandeln sowie das Streikrecht uneingeschrankt ausuben können. Auf diese Rechte kann nicht verzichtet werden, selbst im Falle, dass die Arbeiter an der Unternehmensführung und an den Gewinnen durch Einrichtung von Arbeiterraten oder ähnlichen Organen teilhaben. Arbeiterräte geben den Arbeitnehmern einen Anteil an der leitenden Verantwortung, schliessen aber den Einfluss des Staates und seiner Organe auf die Unternehmenspolitik in für die Arbeiterinteressen hochwichtigen Angelegenheiten nicht aus. Somit bleibt die Möglichkeit, um ihre legitimen Rechte und Forderungen wegen der sogenannten nationalen oder höheren Interessen betrogen zu werden, unverändert. Deshalb müssen die Gewerkschaften auf ihren traditionellen Vorrechten auch dort bestehen, wo Arbeiterräte oder irgendeine andere Form von Arbeitnehmervertretung eingeführt worden sind. Gewerkschaften und Arbeitervertreter können ihre Aufgabe als Beschutzer der grundlegenden Rechte und der Wohlfahrt der arbeitenden Massen nur erfüllen, wenn sie selbst die Grundsatze der Demokratie respektieren. Nur Gewerkschaften, die von Funktionaren geleitet werden, welche in wirklich freien Wahlen gewahlt worden sind und der Kontrolle der Mitgliedschaft der Gewerkschaft unterliegen, konnen das Vertrauen derjenigen geniessen, die sie vertreten und schützen.

Die Nationen Mittel- und Osteuropas sind weit einer zusammenhangenden politischen und wirtschaftlichen Einheit entfernt. Die Grenzlinie, die heute den Kontinent Europa teilt, ist ganz willkürlich gezogen worden und kann nicht als Dauerzustand hingenommen werden. Politisch, kulturell und durch ihre historische Tradition bilden diese Länder einen wesentlichen Teil des europäischen Kontinents.

Wirtschaftlich gesehen jedoch sind grosse Teile dieses Gebiets viel weniger entwickelt als Westeuropa trotz der intensiven Industrialisierung, die dort stattgefunden hat. Ausserdem ist nach so vielen Jahren der Produktion für die Erfordernisse des kommunistischen Systems die Qualität ihrer Produkte ganz unvermeidlich unter das westeuropäische Niveau gefallen. Schliesslich ist die Wirtschaftsstruktur dieser Gebiete ziemlich einseitig und unausgeglichen. Aus diesem Grunde ist es nicht ratsam, eine fruhe wirtschaftliche Integration dieser Gebiete mit dem anderen Teil Europas zu befürworten. Verschiedene Formen von Eigentum und sozialer und wirtschaftlicher Einrichtungen werden zusätzliche Probleme für eine schliessliche Vereinigung schaffen. Die Volkswirtschaften eines grossen Teil Mittel- und Osteuropas (wie jene von Griechenland und der Turkei) müssen eine lange Anpassungsperiode durchmachen, bevor sie für irgendeine Art von wirtschaftlicher Integration mit dem Rest des europäischen Kontinents bereit sind.

Der Versuch, die Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas mit der Sowjetwirtschaft im Comecon zu integrieren, ist fehlgeschlagen. Aber er hat als Nebenprodukt einige regionale und bilaterale Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geschaffen, die in nützlicher Weise erhalten und erweitert werden konnten. Einige dieser Formen der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit stellen vom Stadium der nationalen Autarkie gesehen ohne Zweifel einen Schritt nach vorn dar. Eine weitere Verstarkung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb des Gebietes von Mittel- und Osteuropa ohne notwendigerweise eine formelle Institution aufzubauen, konnte die notwendige Anpassungsperiode

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

verkurzen, bevor die Lander dieses Gebietes sich dem Hauptstrom der europäischen Integration anschliessen.

In der Entwicklung auf die gesamteuropäische Einheit hin korrespondiert die Auffassung einer politisch starken Gruppierung als Puffer zwischen Deutschland und Russland nicht mehr mit den gegenwartigen politischen, strategischen oder wirtschaftlichen Wirklichkeiten. Aber im Falle einer Entwicklung zu grösserer Unabhängigkeit der Länder Mittel- und Osteuropas von der Hegemoniestellung der Sowjetunion konnte engere Zusammenarbeit zwischen diesen Nationen solch einen Prozess beschleunigen.

Nachdem die Nationen Mittel- und Osteuropas volle Unabhängigkeit erreicht haben, wurden sie mit allen anderen Ländern einschliesslich ihrem Nachbarn Russland, freundliche und friedliche Beziehungen aufrechterhalten. Wäre der Groll wegen der sowjetisch imperialistischen Dominierung einmal ausgemerzt, gabe es keinen Grund, warum diese Beziehungen sich nicht in normaler Weise entwickeln sollten. Russland bleibt ein wichtiger natürlicher Handelspartner Mittel- und Osteuropas und für viele seiner Produkte der geeignetste Markt. Ergiebige Wirtschaftsbeziehungen könnten den Weg für ein einwandfreies politisches Verhältnis ebnen, das auf dem Grundsatz der Nichteinmischung und gegenseitigen Achtung der notwendigen politischen Interessen beruht.

* * * * * * * * * * * * * * * * * *

16th YEAR. —

Price per Issue, U.S.A. : 15 cents
Gt. Britain : 1 Shilling
Switzerland : 0.75 Fr.

Monthly organ of the International Centre of Free Trade Unionists in Exile

Editorial Offices :
198, avenue du Maine, PARIS-14e
France

Issued by I.C.F.T.U.E. Office in Great Britain:
24 B, Clifton Gardens,
London, W.9.

labour in exile

The news published in "Labour in Exile" comes directly to you from the Eastern European countries. It is not only intended to keep you informed, but is one of the ways in which men of independent spirit in those countries can resist by spreading abroad the truth on what is happening at home.